

Caritas-Zentrum Speyer

Jahresbericht 2022



Not sehen und handeln.
C a r i t a s



Inhaltsverzeichnis

| | |
|--|----|
| Standorte | 3 |
| Vorwort..... | 4 |
| Allgemeine Sozialberatung..... | 5 |
| Erziehungs-, Ehe- und Lebensberatung..... | 8 |
| Familienbüros | 11 |
| Gemeindecaritas & Engagementförderung..... | 13 |
| Kinderschutzdienst | 14 |
| Migration und Integration | 21 |
| Schwangerschaftsberatung | 25 |
| Suchtberatung..... | 28 |
| Schatzinsel | 30 |
| Kita Sozialraumarbeit..... | 32 |
| Projekte und Perspektiven 2023 | 35 |

Impressum

Der Jahresbericht 2022 wird herausgegeben vom:
Caritas-Zentrum Speyer
Ludwigstraße 13a, 67346 Speyer

Träger: Caritasverband für die Diözese Speyer e.V.
Nikolaus-von-Weis-Straße 6, 67346 Speyer

Auflage: 200

Inhaltliche Verantwortung: Claudia Wetzler und Wolfgang Grill,
Leitung Caritas-Zentrum

Fotovermerke:

Titel: pixabay play stone

Seite 02: Adobe Stock chagin

Seite 03: CZ Speyer

Seite 04: Justine Köhler

Seite 07: pixabay BrunO

Seite 09: pixabay PublicDomainPictures

Seite 13: pixabay Alexandra Koch

Seite 18: pixabay WOKANDAPIX

Seite 22: flickr Resource hfh

Seite 27: pixabay tasha

Seite 30: pixabay rudolf_langer

Seite 31: pixabay pezibear

Seite 32: pixabay _Alicja_

Gestaltung und Druck: Chroma-Druck, Ludwigshafen

Erschienen im April 2023.



Weitere Informationen finden Sie unter
www.caritas-zentrum-speyer.de

Caritas-Zentrum Speyer

Ludwigstraße 13a, 67346 Speyer

Telefon: 06232 / 8725-112

Fax: 06232 / 8725-199

E-Mail: caritas-zentrum.speyer@caritas-speyer.de

Online-Beratung: www.beratung-caritas.de



Beratungsangebote

- Allgemeine Sozialberatung
- Erziehungs-, Ehe- und Lebensberatung
- Gemeindec Caritas
- Kinderschutzdienst
- Kita-Sozialraumarbeit
- Schwangerschaftsberatung
- Suchtberatung

Außenstellen der Beratung für geflüchtete Menschen

Aufnahmeeinrichtung für Asylbegehrende (AfA)

Spaldingerstr. 100, 67346 Speyer

Dienst-Handy: 0152 / 09381903 oder 0152 / 09119342

Familienbüros

Familienbüro Maxdorf, Hauptstr. 79, 67133 Maxdorf

Telefon: 06237 / 401162

Familienbüro Böhl-Iggelheim, Am Schwarzweiher 7, Zimmer 8, 67459 Böhl-Iggelheim

Telefon: 06324 / 963-121

Kinderschutzdienst Rhein-Pfalz-Kreis

Dekan-Finck-Platz 1, 67117 Limburgerhof

Telefon: 06236 / 4614067

Termine nach telefonischer Vereinbarung

Außenstelle des Caritas-Zentrums in Frankenthal

Westliche Ringstraße 30, 67227 Frankenthal

Telefon: 06233 / 327032

Beratungsangebote:

- Allgemeine Sozialberatung
- Kinderschutzdienst
- Flüchtlingsberatung für den nördlichen Rhein-Pfalz-Kreis
- Schwangerschaftsberatung

Mitarbeiter*innenzahl: 27 Mitarbeiter*innen

Öffnungszeiten und Erreichbarkeit im Caritas-Zentrum Speyer:

Montag, Mittwoch, Freitag 8.30 Uhr bis 12 Uhr

Dienstag und Donnerstag 8.30 Uhr bis 12 Uhr und 13 Uhr bis 16 Uhr

Termine sind für unsere Kund*innen direkt über die Online-Terminvereinbarung unter www.caritas-zentrum-speyer.de sowie über die angegebenen Telefonnummern möglich.

Optimistisch und mit viel Vorfreude sind wir in das Jahr 2022 gestartet, schien sich doch die pandemische Situation nachhaltig zu verbessern. So schwierig die Schutzbestimmungen umzusetzen waren, haben sich dadurch doch auch weitere Beratungssettings in der täglichen Arbeit etabliert. Sei es in niedrighschwelliger Form für unsere Postkund*innen, die ihre Briefe am offenen Fenster oder in Frankenthal im Vorraum in Empfang nahmen oder Ratsuchende, die ihre Anliegen bei Spaziergängen rund um die Beratungsstellen vorbringen konnten.

Auch die digitalen Möglichkeiten der Beratung haben nun einen festen Platz in der täglichen Arbeit aller Fachbereiche gefunden. Seit Juni 2022 ist das Caritas-Zentrum Speyer Pilotprojekt für digitale Beratung in der Diözese Speyer. Alle Berater*innen sind mit entsprechenden digitalen Endgeräten ausgestattet und geschult. Es profitieren dadurch nicht nur die Kundinnen und Kunden mit ihren Anfragen, auch die Mitarbeitenden können nun durchweg mobil arbeiten und die Methode des „Blended Counseling“ anwenden. Gerade in Zeiten des Fachkräftemangels ein Pluspunkt für viele Mitarbeitende.

Die Vorfreude währte leider nicht allzu lange, als Ende Februar 2022 der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine begann. Schnell war klar, dass auch in Frankenthal, Speyer und im Rhein-Pfalz-Kreis Kriegsflüchtlinge ankommen werden, die versorgt werden müssen. Besonders hervorzuheben ist, dass es sich fast ausschließlich um Frauen und Kinder handelte, weil wehrfähige Männer in der Ukraine zurückbleiben mussten. Mit den Mitarbeitenden in der Erstaufnahmeeinrichtung in Speyer, aber auch mit ehrenamtlichen Ausfüllhilfen, konnten die bürokratischen Hürden für ein gutes Ankommen meist schnell gemeistert werden. Die Kindergarten-Sozialraumarbeit unterstützte Mütter und Kinder bei der Integration in den Kindertagesstätten. Und nicht zuletzt wurde gemeinsam mit der Pfarrei Pax Christi in Speyer ein 14-tägiges „Ukraine-Café“ aufgebaut,



das als Austausch- und Netzwerkplattform in der Quartiersmensa in St. Hedwig in Speyer-West Fußfasste. Der Höhepunkt war ein Besuch von Bischof Dr. Karl-Heinz Wiesemann im Rahmen der Caritas-Woche im September 2022. Aus erster Hand konnte sich der Bischof hier mit Geflüchteten über ihre aktuelle Situation, aber auch über teilweise traumatische Kriegserlebnisse austauschen.

Aller Krisen zum Trotz freuten wir uns im Caritas-Zentrum für sechs Kolleginnen in Speyer und Frankenthal über Nachwuchs. Dies führte auch zu einer Elternzeit-Vertretung im Leitungsteam. Wolfgang Grill springt für Naomi Amend während ihrer familiären Auszeit ein.

Auch in unserem Verwaltungsteam gab es Veränderungen. Die langjährige geschätzte Kollegin Annette Becker-Drumm wurde in den verdienten Ruhestand verabschiedet. Nicht ohne ihre Nachfolgerinnen Sabine Klett und Sandra Zöller in die Geheimnisse der Verwaltung eines Caritas-Zentrums einzuweihen.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit und Ihr Interesse an unserem Jahresbericht.

Claudia Wetzler und Wolfgang Grill
Leitung des Caritas-Zentrums Speyer

Dieser Fachdienst hat im Jahr 2022 insgesamt 438 (528 in 2021) Menschen, 205 in Frankenthal, 233 in Speyer beraten. Die Gesamtzahl der Beratungs-Kontakte lag bei 878 (1098), 442 in Frankenthal, 436 in Speyer. Im Rahmen der Online-Beratung wurden zudem 352 (99) Kunden beraten, 24 in Frankenthal, 328 in Speyer. Für 207 Menschen (208), 89 in Frankenthal, 118 in Speyer, die ihre Wohnung verloren hatten, diente das Caritas-Zentrum als postalische Adresse und ermöglichte den Betroffenen dadurch den Bezug von Sozialleistungen.

Statistische Angaben

| Angaben | Speyer | Frankenthal |
|-----------------------|-----------|-------------|
| Anzahl der Kund*innen | 233 | 205 |
| Männlich / Weiblich | 132 / 101 | 114 / 91 |
| Anzahl der Kontakte | 436 | 442 |

| Familienstand | Speyer | Frankenthal |
|--------------------------|--------|-------------|
| Ledig | 103 | 108 |
| Verheiratet | 49 | 44 |
| Geschieden | 45 | 34 |
| Getrennt lebend | 22 | 9 |
| Eheähnliche Gemeinschaft | 6 | 1 |
| Verwitwet | 4 | 5 |
| Keine Angaben | 4 | 4 |

| Alter | Speyer | Frankenthal |
|------------------|--------|-------------|
| Unter 18 Jahren | 0 | 2 |
| 18 bis 25 Jahren | 36 | 29 |
| 26 bis 40 Jahren | 67 | 90 |
| 41 bis 65 Jahre | 106 | 75 |
| Über 65 Jahren | 24 | 9 |

| Einkommenssituation | Speyer | Frankenthal |
|--------------------------------------|--------|-------------|
| ALG I, II oder ergänzende Leistungen | 83 | 104 |
| Erwerbseinkommen | 31 | 20 |
| Rente | 13 | 5 |
| Grundsicherung | 11 | 4 |
| Asylbewerberleistungen | 5 | 0 |
| Sonstige Einkünfte | 15 | 4 |

Mehrfachnennungen sind möglich

| Problemarten | Speyer | Frankenthal |
|--|--------|-------------|
| SGB Rechtsfragen | 123 | 176 |
| Finanzielle Probleme | 197 | 137 |
| Sonstige Rechtsfragen | 116 | 56 |
| Wohnungssuche | 81 | 41 |
| Konflikte Familie, Partner, Kinder, Umfeld | 47 | 5 |
| Psychische Probleme | 84 | 5 |
| Gesundheitliche Probleme | 101 | 5 |
| Straffälligkeit | 9 | 5 |
| Suchtprobleme | 22 | 5 |

Mehrfachnennungen sind möglich

| Hilfen | Speyer | Frankenthal |
|---|--------|-------------|
| Rechtshilfe Behörde | 22 | 0 |
| Beratung / Hilfe zur Rechtsdurchsetzung | 132 | 214 |
| Wirtschaftliche Beratung | 57 | 8 |
| Informationsvermittlung | 278 | 214 |
| Clearing | 85 | 37 |
| Krisenintervention | 16 | 1 |
| Sozialberatung | 58 | 104 |
| Vermittlung Fachdienst | 20 | 1 |
| Sonstiges – Schriftsätze | 202 | 104 |

Mehrfachnennungen sind möglich

Entwicklungen, Tendenzen und Perspektiven

Der Schwerpunkt lag in der Allgemeinen Sozialberatung weiterhin auf der Existenzsicherung, jedoch wurden die Fragestellungen komplexer. Hier ging es beispielsweise um das Beantragen von Arbeitslosengeld, Grundsicherung, Wohngeld, Kinderzuschlag oder auch um das Beantragen von Behinderungsgraden oder Pflegegeld. Auch Fragen zu Themen des Arbeits- oder Mietrechts, zur beruflichen Orientierung sowie zur psychischen und körperlichen Gesundheit, tauchten in der Beratung auf. Zunehmend ging es auch um migrationsrechtliche Themen. Aufgrund der vorhandenen Sprachbarrieren mussten des Öfteren Dolmetscher*innen hinzugezogen werden, da Übersetzungsprogramme keine zuverlässige Hilfe darstellten. Ende des Jahres kam es dann auch vermehrt zu Nachfragen zum geplanten Bürgergeld, Energiepauschalen und Vermögensfreigrenzen.

In Speyer hat im vergangenen Jahr die Online- sowie E-Mail-Beratung stark zugenommen. In Frankenthal hingegen wurde die Präsenzberatung bevorzugt. Bei den Online-Beratungen waren meist psychische Probleme oder eine angespannte finanzielle Situation Thema der Beratung.

Die Anzahl der Postkund*innen ist sowohl in Speyer als auch in Frankenthal stark angestiegen, da die Wohnraumsituation immer noch sehr angespannt ist und auch die Notunterkünfte dauerhaft ausgelastet sind. Hinzu kommt, dass die Kund*innen oftmals ihre Miete nicht mehr zahlen konnten, da Anträge auf Sozialleistungen eine sehr lange Bearbeitungszeit brauchten. Hierdurch, sowie durch die Steigerung der Lebensmittelkosten, kam es auch vermehrt dazu, dass für die Menschen die Grundversorgung nicht mehr gewährleistet war.

Zu den Tafeln konnten die Kund*innen sowohl in Speyer als auch in Frankenthal nicht mehr geschickt

werden, da diese aufgrund der steigenden Anfragen einen Aufnahmestopp verhängt hatten. Auch andere Stellen wie Sozialkaufhäuser und Kleiderkammern, an die früher weiter verwiesen werden konnte, waren aufgrund von Schließungen oder Personalmangel zudem in Frankenthal weggefallen. Hierdurch gerieten viele Menschen in eine finanzielle Notlage, die von den Beratungsstellen in Speyer und Frankenthal auch nur zum Teil durch Nothilfeauszahlungen in einer Höhe von insgesamt 6.097 Euro (Speyer: 2.655 Euro, Frankenthal: 3.442 Euro) sowie durch die Ausgabe von 70 Müller-Gutscheinen in Höhe von 20 Euro abgefangen werden konnte. In Speyer wurden zusätzlich fünf Rucksäcke an Obdachlose ausgegeben. In besonderen Fällen wurden auch Anträge bei Stiftungen oder dem Nothilfefond der Caritas gestellt.

Mit dem Jobcenter sowie dem Diakonischen Werk war in Frankenthal im August des Jahres 2022 ein digitaler Austausch zu den Themen Erreichbarkeit und Bearbeitungszeit der Anträge vereinbart worden, um sich über eine bessere Zusammenarbeit abzustimmen. Das Ergebnis war die Vereinbarung eines zukünftigen digitalen Austausches zusätzlich zur telefonischen Erreichbarkeit.

Im Oktober konnten in Frankenthal nach zweijähriger Pause auch die ehrenamtlichen Helfer*innen wieder mit der Ausfüllhilfe starten. Beim Ausfüllen von Anträgen, dem Schreiben von Briefen oder beim Erstellen von Bewerbungen konnten diese die Kund*innen in Frankenthal unterstützen.

Sitzungen und Arbeitstreffen konnten in diesem Jahr zum Teil wieder in Präsenz stattfinden, aber auch ein regelmäßiger digitaler Austausch unter den Berater*innen der Allgemeinen Sozialberatung aus den verschiedenen Standorten des Caritas-Zentrums wurde vereinbart.

Ein Fallbeispiel aus der Allgemeinen Sozialberatung:

Es geht um eine verwitwete Rentnerin, die neben Altersleiden aufgrund von Gewalt- und Verlusterfahrungen auch chronifiziert psychisch krank ist. Der Beratungsverlauf erstreckte sich bisher über eineinhalb Jahre. Die Frau ist algerischer Herkunft, jedoch seit langem eingebürgert und zog in Deutschland auch ihre drei Kinder auf. Zeitweise hatte sie ihre Wohnung verloren und lebte vorübergehend sehr belastet und beengt bei einer Tochter mit vier kleinen Kindern, bis sie nach langer Zeit eine eigene kleine Wohnung gefunden hatte.

Die Frau erhielt jedoch keine Erstausrüstung an Einrichtungsgegenständen. Die Kinder konnten leider keine finanzielle Unterstützung leisten. Die Beratung bestand darin, die ratsuchende Frau zu motivieren, bei den Behörden ihre Ansprüche prüfen zu lassen. Anträge an das Sozialamt für eine einmalige Leistung zur Anschaffung von Möbeln wurden abgelehnt. Danach wurde auch ein Antrag an den Nothilfefond abgelehnt.

Sie pendelte oft zwischen dem früheren Wohnort und Speyer, was zusätzliche Kosten verursachte.

Hinzu kam die lange Bearbeitungszeit der Behörden. So wurde das beantragte Wohngeld erst spät bewilligt. Auch der Folgeantrag ist schon lange in Bearbeitung und noch immer ohne Bescheid.

Jedes Mal wenn unvorhersehbare Kosten, wie der Eigenanteil für die KV-Zuzahlungsbefreiung, Energiekostenerhöhung, Mieterhöhung oder Nachforderungen der GEZ, auftraten, kam es bei der Rentnerin zu wiederkehrenden Krisengesprächen und Ängsten.

Zu einer Anschaffung von Möbeln über den Gebrauchtmrkt war sie lange nicht bereit und hatte dagegen vielfache Einwände. Inzwischen, da sie auch erlebte, wie schwierig es ist, die notwendige finanzielle Hilfe zu bekommen, ist sie bereit, sich Möbel im Sozialkaufhaus auszusuchen. Der Kostenvoranschlag kann bei einer privaten Stiftung der Vinophilanthropen eingereicht werden, welche die Rechnung übernehmen wird. Zudem wurde noch eine Patenschaftshilfe bei der Horizontstiftung beantragt, die für besondere Bedarfe eine kleine monatliche Entlastung leistet.



Erziehungs-, Ehe- und Lebensberatung

Die integrierte Beratungsstelle der Erziehungs-, Ehe- und Lebensberatung ist mit 2,0 Stellen besetzt, welche auf vier Fachkräfte aufgeteilt sind.

Im Jahr 2022 wurden in diesem Leistungsangebot 290 (343 in 2021) Personen beraten. Hiervon waren 145 Frauen und 144 Männer und eine diverse Person. Es fanden insgesamt 1845 (2007 in 2021) Beratungsgespräche statt.

Statistische Angaben

| | | | | | | |
|----------------------------------|------------|-----|----------|-----|--------|---|
| Gesamtzahl der Kund*innen | 290 | | | | | |
| | 261 | | | | | |
| Innerhalb SGB VIII | Weiblich | 125 | Männlich | 136 | Divers | 0 |
| | Weiblich | 20 | Männlich | 8 | Divers | 1 |

Altersverteilung (nach SGB VIII und Ehe- und Lebensberatung)

| SGB VIII | Alter | insgesamt |
|----------|-----------------|------------|
| | 0 bis 6 Jahre | 51 |
| | 6 bis 12 Jahre | 101 |
| | 12 bis 18 Jahre | 73 |
| | Über 18 Jahre | 36 |
| | Gesamt | 261 |

| Ehe- und Lebensberatung | Alter | insgesamt |
|-------------------------|-----------------|-----------|
| | 21 bis 35 Jahre | 6 |
| | 35 bis 40 Jahre | 2 |
| | 40 bis 50 Jahre | 4 |
| | 50 bis 60 Jahre | 6 |
| | Über 60 Jahre | 19 |
| | Gesamt | 37 |

Familiärer Hintergrund (nach SGB VIII und Ehe- und Lebensberatung)

| Nach SGB VIII | Fälle | Prozent |
|--|------------|---------------|
| Eltern leben zusammen | 143 | 54,79 |
| Elternteil lebt allein, ohne Partner (mit / ohne weitere Kinder) | 85 | 32,57 |
| Elternteil lebt mit neuem Partner (mit / ohne weitere Kinder) | 33 | 12,64 |
| Gesamt | 261 | 100,00 |

| Ehe- und Lebensberatung | Fälle | Prozent |
|-------------------------|-----------|---------------|
| Ledig | 10 | 27,03 |
| Paar lebt zusammen | 24 | 64,86 |
| Paar lebt getrennt | 2 | 5,41 |
| Verwitwet | 1 | 2,70 |
| Gesamt | 37 | 100,00 |

Entwicklungen, Tendenzen und Perspektiven

Die Erziehungs-, Ehe- und Lebensberatung im Caritas-Zentrum Speyer bietet Beratung und Unterstützung rund um das Thema Familie an. Hier arbeiten vier Teilzeitkräfte unterschiedlichen Geschlechts in einem multiprofessionellen Team.

Die Fragen reichen von Problemen im Familiensystem, Problemen in Ehe und Partnerschaft, besonderen Lebensumständen und Lebenslagen und der Erziehung bis hin zu gesundheitlichen Themen.

Aktuell befinden wir uns in einer Phase des Übergangs. Die meisten Corona-Beschränkungen sind aufgehoben und es geht weniger um ein Überleben im Krisenmodus, als um die Beantwortung der Frage, wie ein qualitativ gutes und annehmbares Leben bei den aktuellen Herausforderungen aussehen kann. In der Beratung zeigt sich deshalb eine Fülle von Beratungsanlässen. Mit unserem Angebot erreichten wir insgesamt 622 Menschen.

Im Gegensatz zu den vorherigen Berichtsjahren erscheinen als Beratungsanlässe vermehrt Themen wie (mögliche) Trennung, Scheidung, Beziehungskrisen, eskalierendes Streitverhalten auf der Paarebene sowie Spätfolgen nach Trennung und Scheidung.

Psychische Auffälligkeiten auf der Eltern- sowie der Kind-Ebene, deren Aufarbeitung auch in therapeutischen Settings angegangen werden könnte, sind seit Jahren selbstverständlich auch unser Thema und fordern uns hinsichtlich einer Abgrenzung heraus.

Diese Beratungsanlässe sind oft gepaart mit klassischen Erziehungsproblemen. Es wird oft von Unsicherheit und unterschiedlichen Erziehungsstilen gesprochen. Probleme hinsichtlich der sozialen und emotionalen Entwicklung der Kinder sowie elterliche Unsicherheit im Umgang mit dem Thema Pubertät werden angesprochen.

Folgerichtig war die Art unserer Hilfe in 196 Fällen vorrangig eine Beratungsarbeit mit den Eltern. In 52 Fällen erfolgte die Hilfe vorrangig mit der gesamten Familie, in 13 Fällen war der junge Mensch alleine in Beratung.

Interessanterweise ist die Anzahl der Fälle mit Kindern im Alter von null bis sechs Jahren deutlich zurückgegangen. Waren dies 2021 noch 82 Kinder, so sind dies nun in diesem Jahr 51 Kinder. Möglicherweise greifen hier präventive Hilfen, wie diese zum Beispiel von den Fachkräften der Kitasozialraumarbeit geleistet werden.

Beratung erfolgt in diesem sensiblen Feld auf ganz unterschiedliche Art und Weise, in erster Linie im face-to-face Kontakt. Telefon- und die Möglichkeit einer Online-Beratung ergänzen unser Angebot. In 23 Fällen erfolgte die Beratung ausschließlich online. Dies ist ein zusätzliches Beratungsangebot außerhalb einer weiteren statistischen Erfassung. Im Jahresverlauf erfolgte diese im ersten Halbjahr in 16 Fällen und im zweiten Halbjahr in sieben Fällen. Es ist zu vermuten, dass Menschen den persönlichen Kontakt in der Beratung bevorzugen. Das Videoberatungsangebot der Caritas wird hier möglicherweise eine qualitative Lücke schließen.

In den vergangenen Jahren konnten wir eine kontinuierliche Steigerung der Fallzahlen beobachten. Dass dieses sich in diesem Berichtsjahr nicht in den absoluten Zahlen widerspiegelt liegt daran, dass wir durch Mutterschutz und Elternzeit einer Kollegin in Verbindung mit der intensiven Suche nach einer geeigneten Fachkraft einige Monate in der Erziehungs-, Ehe- und Lebensberatungsstelle nicht in voller Besetzung arbeiten konnten.



Ein Fallbeispiel aus der Erziehungs-, Ehe- und Lebensberatung:

Die 35-jährige Frau M. nimmt zu Beginn des Jahres telefonischen Kontakt zum Caritas-Zentrum auf, mit der Bitte um Beratung hinsichtlich einer möglichen Trennung von ihrem Mann. In einem ersten Gespräch berichtet sie von ihrer aktuellen Lebenssituation, dass es ihr zunehmend schlecht gehe und dass sie dies vorrangig mit der Unzufriedenheit in ihrer Ehe in Verbindung bringe. Auf Nachfrage erklärt Frau M., dass sie seit sieben Jahren verheiratet sei und aktuell zwei Kinder im Alter von vier und sechs Jahren zu Hause betreue. Ihr Mann habe eine leitende Funktion in einer großen Firma und gemeinsam wohnen sie seit zwei Jahren in dem neu gebauten, gemeinsamen Haus.

Im Folgegespräch erarbeiten Frau M. und die Beraterin ein Bild davon, wie Frau M. sich eine erfüllte Partnerschaft vorstellen würde: „Woran würden Sie merken, dass Ihre Beziehung ihre Leichtigkeit zurückbekommt? Was würden Sie anders machen und was ihr Mann? Woran würden ihr Umfeld und ihre Kinder erkennen, dass es Ihnen besser geht?“. Dieses Bild stellte sie ihrer aktuellen Situation gegenüber. Dabei zeigte sich, dass ihr momentanes Befinden nicht nur auf das Verhältnis mit ihrem Mann zurückzuführen ist, sondern sie das bedrük-

kende Gefühl hat, außer der Funktion als Mutter, keinen weiteren Sinn in ihrem Leben zu sehen.

Gemeinsam mit der Fachkraft geht Frau M. daraufhin in einem dritten Gespräch auf Spurensuche nach Dingen, die sie vor der Geburt der Kinder gerne gemacht hat. Ihr wird dadurch klar, dass sie mehr kinderfreie Zonen braucht und eine Tätigkeit, die sie über ihre Rolle als Mutter hinaus definiert. Es wird außerdem deutlich, dass es genug Ressourcen in ihrem Umfeld gibt (Hort, Schwiegereltern, befreundete Familien), um diesem Wunsch nachzukommen.

Frau M. verlässt diesen Termin mit dem Gefühl, genug neue Impulse zu haben, mit denen sie weiterarbeiten kann. Ein Auswertungsgespräch wird für zwei Monate später vereinbart. Zu diesem Zeitpunkt berichtet Frau M. von zunehmenden Veränderungen in ihrem Alltag. Sie nehme sich mehr Zeit für sich und plane aktuell, auch stundenweise wieder arbeiten zu gehen. Es gehe ihr deutlich besser, auch wenn die Zeit mit ihrem Mann aufgrund seiner Arbeit weiterhin rar ist. Möglicherweise möchten beide in näherer Zukunft auch einmal gemeinsam kommen, um diesen Punkt anzugehen. Eine Trennung steht für Frau M. nicht mehr im Raum!

Entwicklungen, Tendenzen und Perspektiven

Auch im Jahr 2022 wurden zwei Familienbüros, jeweils eines in den Räumen der VG Böhl-Iggelheim und eines in der VG Maxdorf in der Trägerschaft des Caritasverbandes betrieben.

Beide Fachberatungsstellen wurden 2022 mit einer vollen Stelle von jeweils zwei Mitarbeiter*innen be-

setzt. Allerdings blieb im Familienbüro in Maxdorf eine halbe Stelle ab April bis September 2022 wegen Mutterschaftszeit frei. Allerdings wurde im Rahmen des Landesförderprogramms „Sonderhilfe Ukraine“ der ursprüngliche Stellenanteil auf 1,25 Stellen für den Zeitraum vom 1. Juli bis 31. Dezember 2022 erhöht.

Familienbüro Böhl-Iggelheim

In Böhl-Iggelheim wurde das bereits im Vorjahr begonnene Beratungsangebot in den Sammelunterkünften vor Ort weiter ausgebaut. Im Beratungsalltag erleben wir einige tendenziell problematische Einzelfälle mit hohem zeitlichem Aufwand.

Auch im Familienbüro in Böhl-Iggelheim sorgte der, in vielen Teilen des Landes bemerkbare, Wohnungsmangel für große Nöte und Ängste unter den Kund*innen. Die immer mehr anziehende Inflation und steigende Energiepreise belasteten sehr viele Kund*innen zusätzlich. Diese Probleme zeigten sich teilweise auch in der Bevölkerungsschicht ohne Migrationshintergrund. Aufgrund dessen waren die Mitarbeitenden der Beratung zunehmend mit Anfragen zur Unterstützung bei der Antragsstellung für Wohngeld, Grundsicherung

und Kinderzuschüsse beschäftigt. Dabei war eine engmaschige Zusammenarbeit mit dem Sozialamt der Verbandsgemeinde ein großer Vorteil, um Hilfesuchende in der Klärung ihrer Bedarfe und Anliegen zu unterstützen.

Zu Beginn der Ukraine-Krise wurden verschiedene Treffen mit Ehrenamtlichen initiiert, um verstärkt Übersetzungshelfer*innen zum Aufbau eines Laien-Dolmetscher-Pools zu generieren. Die Netzwerkarbeit mit Kreisverwaltung, Schulsozialarbeit und dem Jugendzentrum wurde fortgeführt und so das Familienbüro auch beim Pflegestützpunkt vorgestellt. Zudem nahmen die Mitarbeitenden des Familienbüros auch am Jubiläum zum zehnjährigen Bestehen des Jugendzentrums teil.

Familienbüro Maxdorf

Auch in Maxdorf machten sich die Inflation und die sich daraus ergebenden finanziellen Probleme bemerkbar. Dies veranlasste nicht nur Menschen mit Migrationshintergrund und Geringverdienende, sondern auch erwerbstätige Menschen aus der Mittelschicht, das Beratungsangebot vom Familienbüro in Anspruch zu nehmen.

In Kooperation mit der ehrenamtlichen Initiative „NetzwerkHilfe“, wurde in Folge des Ukraine-Krieges Mitte April ein Ukrainetreff in den Räumen der „NetzwerkHilfe“ initiiert. Zielsetzung war es, die Schutzsuchenden bei der Erstintegration vor Ort unbürokratisch und praxisnah zu unterstützen und sie sowohl in der Kommune als auch untereinander zu vernetzen. Zusätzlich wurde ein Leitfaden in ukrainischer Sprache erstellt, der gezielt Informationen über die wichtigsten

Behörden und Beratungsangebote sowie Informationen zu lebenspraktischen Dingen, wie Einkaufen, Ärzte, Kindergärten, Schule und ähnlichem enthielt. Bei wöchentlich stattfindenden Treffpunkten und mit Hilfe von ehrenamtlichen Übersetzer*innen wurde zu Antragsverfahren von Sozialleistungen, Anmeldung zu Krankenversicherungen, Sprachkursen, Kita und Schule oder auch zum Anerkennungsverfahren von Bildungs- und Berufsabschlüssen beraten.

Alle auch während der Pandemie bestehenden Teambesprechungen, Ausschüsse und Sitzungen mit Kooperationspartnern, konnten wieder in Präsenz stattfinden. Mit diesen konnten in diesem Jahr zahlreiche Projekte geplant und realisiert werden, wie das Ukraine-Projekt, Schulungen für Ehrenamtliche oder die Formularhilfe.

| | Böhl-Iggelheim | Maxdorf |
|--------------------|-----------------|-----------------|
| Beratungsfälle | 73 (2021: 45) | 112 (2021: 55) |
| Beratungsgespräche | 284 (2021: 225) | 451 (2021: 356) |

Ein Fallbeispiel aus Böhl-Iggelheim

Die alleinstehende, 56-jährige Frau L. flüchtete Ende März 2022 aus Kiew und kam bei einer Familie in der Verbandsgemeinde Böhl-Iggelheim unter. Aufgrund mehrerer Meinungsverschiedenheiten und Streitigkeiten im privaten Bereich musste sie jedoch eine andere Bleibe suchen. Mit ihren Sorgen und Problemen wandte sie sich an das Sozialamt der Verbandsgemeinde, welches sie an das Familienbüro Böhl-Iggelheim weiterleitete. Als temporäre Lösung kam sie in der Obdachlosenunterkunft unter, in der sie sich glücklicherweise bald zurecht fand. Besonders am Anfang wirkte sie sehr überfordert und orientierungslos. Das Familienbüro unterstützte sie dabei, sich in der Verbandsgemeinde zurechtzufinden und begleitete sie unter anderem bei den ersten Einkäufen und beim ersten Hausarzt-Termin. Frau L. wurde besonders im Zuge des Rechtskreiswechsels und der damit verbundenen Antragsstellung (Leistungsbezug von der Kreisverwaltung gem. AsylbLG ging am 1. Juni 2022 in Leistungsbezug Jobcenter gem. SGB II

über) geholfen. Frau L. klagte des Weiteren über Zahn- und Kieferschmerzen. Sie verfügte nur noch über ein paar Zähne, welche zudem stark kariös und dementsprechend behandlungsbedürftig waren. Aufgrund von sprachlichen Schwierigkeiten kommunizierten wir mit ihrer Krankenkasse und der Zahnchirurgie, welche wiederum auf Wunsch einen Heil- und Kostenplan erstellte. Im Zuge dessen stellten wir zusammen mit Frau L. einen Härtefall-Antrag auf Zahnersatz, dessen Behandlung und Anfertigung letztendlich zu 100 Prozent übernommen wurde. Anfangs musste Frau L. das Beratungsangebot des Familienbüros wöchentlich wahrnehmen.

Mit zunehmender Selbstständigkeit und Handlungssicherheit kommt sie jedoch immer besser zurecht, so dass sie in der Regel nur noch einmal im Monat in die Sprechstunde kommt. Die Kundin wird in eine neue Unterkunft, speziell für Ukrainer*innen ziehen, in der sie intensivere Kontakt- und Anschlussmöglichkeiten hat.

Ein Fallbeispiel aus Maxdorf

Herr R. suchte das Beratungsangebot des Familienbüros der Verbandsgemeinde Maxdorf auf, da ihm eine Sperrung der Energie seitens der Stadtwerke drohte. Er sollte Energieschulden in Höhe einer vierstelligen Summe innerhalb der nächsten zwei Wochen begleichen. Der monatliche Abschlag seiner Stromkosten erschien auf den ersten Blick viel zu hoch, weshalb wir zusammen bei den Stadtwerken anriefen. Es stellte sich heraus, dass Herr R. einen neuen Vertrag mit einem angepassten Tarif vereinbart hatte, jedoch nicht den Dauerauftrag für

seinen alten Vertrag daran angepasst hatte. Zudem gab er keinerlei Zählerstände durch, wodurch die Stadtwerke von einem unverhältnismäßig hohen Schätzwert und Abschlag ausgingen. Nach Ablesen seines Zählerstandes und der Berichtigung der Vertragsnummern hoben die Stadtwerke den Sperrauftrag auf und passten seinen monatlichen Abschlag an. Seine Restschulden wurden diesbezüglich ebenfalls angeglichen und er wurde gebeten, seine Zählerstände künftig durchzugeben.

Entwicklungen, Tendenzen und Perspektiven

In den Pfarreien ist die Wiederaufnahme der gemeinsamen Arbeit nach der Pandemie noch etwas erschwert. Caritasausschüsse finden in Frankenthal oder Maxdorf teilweise wieder statt. Es können kleinere Aktionen durchgeführt werden. Allerdings muss in manchen Pfarreien die Caritasarbeit wieder neu aufgebaut und es müssen neue Unterstützer gefunden werden. Durch die Pandemie wurden viele Pfarreien ausgebremst, obgleich der Kontakt zwischen Gemeindecaritas und den Pfarreien kontinuierlich gehalten wurde. Dennoch wurden einige Projekte initiiert und neue Veranstaltungen konnten durchgeführt werden. Aufgrund des Kriegsausbruchs in der Ukraine flüchtete eine Vielzahl an Ukrainer*innen 2022 nach Deutschland und auch in das Dekanat Speyer. Daraufhin wurde ab April 2022 im Gemeindezentrum St. Hedwig in Zusammenarbeit mit der Pfarrei Pax Christi, organisiert von der Gemeindecaritas des Caritas-Zentrums, ein Café der Begegnungen für Ukrainerinnen und Ukrainer ins Leben gerufen.

Das Café wird von einem festen Kreis an ehrenamtlichen Helfer*innen betrieben, ist nach wie vor gut besucht von immer etwa 30 bis 50 Teilnehmenden, und findet jeden Mittwoch von 16 bis 18 Uhr statt. In den Räumen des Gemeindezentrums können ukrainische Geflüchtete sich im vertrauten Rahmen austauschen, Kontakte knüpfen, gemeinsam lachen, weinen oder in gemütlicher Runde Kaffee und Kuchen genießen.

Für die Kinder wurde eine Spielecke eingerichtet und gelegentlich finden besondere Spielangebote statt. Zudem wurden verschiedene Informationsveranstaltungen abgehalten. Zehn Frauen wurden mit der Arbeitsvermittlung Gabis zur beruflichen Beschäftigung an Unternehmen vermittelt, Freizeitaktivitäten wie ein Besuch des Technikmuseums geplant und durchgeführt, und auch unser Bischof Dr. Karl-Heinz Wiesemann besuchte das Café im Rahmen der Caritas-Woche. Zum Jahresabschluss wurde gemeinsam eine Weihnachtsfeier veranstaltet.

Auch in anderen Pfarreien wurden Hilfsangebote für geflüchtete Menschen aus der Ukraine gestartet, wie in Dannstadt-Schauernheim. Es zeigte sich eine große Hilfsbereitschaft für die Ukrainer*innen in den Gemeinden.



Kinderschutzdienst

Kinderschutzdienst für die Stadt Speyer und den Rhein-Pfalz-Kreis

Im Kinderschutzdienst für die Stadt Speyer und den Rhein-Pfalz-Kreis des Caritas-Zentrums Speyer sind vier Mitarbeiter*innen beschäftigt, die zusammen 2,0 Stellen besetzen.

2022 haben in 116 (104 in 2021) Fällen Kinder und Jugendliche sowie deren Angehörige oder weitere Personen aus dem sozialen Umfeld Beratung in Anspruch genommen. Es wurden zudem 40 Fachberatungen, 13 Beratungen zur Einschätzung von Kindeswohlgefährdung nach § 8a SGB VIII und 15 Beratungen nach § 8b SGB VIII durchgeführt.

Die Aufteilung der Fallzahlen auf die Gebietskörperschaften ist im Rhein-Pfalz-Kreis genau gleich mit der Stadt Speyer.

Statistische Angaben Speyer / RPK

| Altersverteilung und Geschlecht | Absolut | Prozent | Männlich | Weiblich |
|---------------------------------|------------|---------|-----------|-----------|
| 0 bis 3 Jahre | 0 | 0,00 | 0 | 0 |
| 3 bis 6 Jahre | 8 | 6,90 | 4 | 4 |
| 6 bis 9 Jahre | 33 | 28,45 | 21 | 12 |
| 9 bis 12 Jahre | 26 | 22,40 | 12 | 14 |
| 12 bis 15 Jahre | 24 | 20,69 | 3 | 21 |
| 15 bis 18 Jahre | 17 | 14,66 | 2 | 15 |
| 18 bis 21 Jahre | 8 | 6,90 | 1 | 7 |
| Gesamt | 116 | | 43 | 73 |

Herkunftsfamilie:

In 45 Fällen (39 Prozent) lebten die Eltern zusammen. Bei 47 Fällen war ein Elternteil alleinerziehend und in 24 Fällen lebte der Elternteil mit neuem Partner. Rund 22 Prozent der Ratsuchenden haben einen Migrationshintergrund. In ca. 34 Prozent der Fälle lebt die Familie von ALG I oder II.

| Problemlagen | Gesamt | Weiblich | Männlich |
|--------------------|-----------|----------|----------|
| Körperliche Gewalt | 32 | 20 | 12 |
| Sexuelle Gewalt | 46 | 23 | 23 |
| Vernachlässigung | 9 | 4 | 5 |
| Seelische Gewalt | 52 | 35 | 17 |

Mehrfachnennungen möglich.

| Initiative zur Beratung | Absolut |
|---|---------|
| Junger Mensch selbst | 10 |
| Eltern | 31 |
| Jugendamt (Soziale Dienste) | 41 |
| Gericht / Staatsanwalt / Polizei | 0 |
| Schule / Kindergarten / Kindertagesstätte | 28 |
| Ärzt*innen / Klinik / Therapeuten | 4 |
| Ehemalige Kund*innen | 2 |

| Kooperationspartner | Absolut |
|---|---------|
| Jugendamt | 36 |
| Schulen / Schulsozialarbeit | 28 |
| Jugendhilfeeinrichtungen (stationär, teilstationär) | 13 |
| Erziehungsbeistandschaft, SPFH, Jugendhelfer | 4 |
| Kindergärten, -tagesstätte, Hort | 10 |
| Andere Beratungsstellen | 1 |
| Gericht / Rechtsanwälte / Polizei | 2 |
| Frauenhaus | 2 |
| Ärzt*innen / Klinik | 3 |

Mehrfachnennungen möglich.

Kinderschutzdienst für die Stadt Frankenthal

2022 haben in 36 (30 in 2021) Fällen Kinder und Jugendliche und deren Angehörige sowie weitere Personen aus dem sozialen Umfeld Beratung durch den Kinderschutzdienst in Frankenthal in Anspruch genommen. Es wurden zwei Fachberatungen durchgeführt.

Statistische Angaben für Frankenthal

| Altersverteilung und Geschlecht | Absolut | Männlich | Weiblich | |
|---------------------------------|-----------|------------|-----------|-----------|
| 0 bis 3 Jahre | 0 | 0 | 0 | |
| 3 bis 6 Jahre | 5 | 13,89 | 1 | 4 |
| 6 bis 9 Jahre | 11 | 30,56 | 4 | 7 |
| 9 bis 12 Jahre | 4 | 11,11 | 2 | 2 |
| 12 bis 15 Jahre | 8 | 22,22 | 2 | 6 |
| 15 bis 18 Jahre | 6 | 16,67 | 1 | 5 |
| 18 bis 21 Jahre | 2 | 5,55 | 0 | 2 |
| Gesamt | 36 | 100 | 10 | 26 |

Herkunftsfamilie:

In 13 Fällen lebten die Eltern zusammen. Bei 18 Fällen war ein Elternteil alleinerziehend und in 5 Fällen lebte der Elternteil in neuer Partnerschaft. 56 Prozent der Ratsuchenden haben einen Migrationshintergrund. In rund 35 Prozent der Fälle lebt die Familie von ALG I oder II.

| Problemlagen | Gesamt | Weiblich | Männlich |
|--------------------|--------|----------|----------|
| Vernachlässigung | 4 | 1 | 3 |
| Seelische Gewalt | 17 | 5 | 12 |
| Körperliche Gewalt | 12 | 7 | 5 |
| Sexuelle Gewalt | 9 | 0 | 9 |

Mehrfachnennungen möglich.

| Initiative zur Beratung | Absolut |
|---|---------|
| Junger Mensch selbst | 0 |
| Eltern | 5 |
| Jugendamt (Soziale Dienste) | 22 |
| Gericht / Staatsanwalt / Polizei | 2 |
| Schule / Kindergarten / Kindertagesstätte | 5 |
| Ärzt*innen / Klinik / Therapeuten | 0 |
| Ehemalige Kund*innen | 2 |

| Kooperationspartner | Absolut |
|---|---------|
| Jugendamt | 23 |
| Schulen / Schulsozialarbeit | 10 |
| Jugendhilfeeinrichtungen (stationär, teilstationär) | 0 |
| Erziehungsbeistandschaft, SPFH, Jugendhelfer | 6 |
| Kindergärten, -tagesstätte, Hort | 2 |
| Andere Beratungsstellen, Institutionen | 8 |
| Gericht / Rechtsanwälte / Polizei | 0 |
| Frauenhaus | 0 |
| Ärzt*innen / Klinik | 0 |

Mehrfachnennungen möglich.

Entwicklungen, Tendenzen und Perspektiven

Zu Beginn des Jahres waren selbstverständlich noch die Auswirkungen der Pandemie zu spüren. Es kam immer noch zu vereinzelt Schließungen von Kindertagesstätten und auch Ausfällen in den Schulen. Termine von Kindern wurden aufgrund von Erkrankungen abgesagt. Erst im Laufe des Jahres kehrte so etwas wie Normalität ein. Es fanden auch wieder überwiegend Beratungen in den Institutionen in Präsenz statt. Bei den Anlässen für die Beratung der Kinder und Jugendlichen sah man in diesem Jahr einen leichten Überhang bei der seelischen Misshandlung. In den vergangenen Jahren dominierte immer die sexuelle Gewalt. Auch deutlich mehr Mädchen wurden beraten. Einige Jugendliche mit Migrationshintergrund erhielten Hilfe bei dem Prozess der Inobhutnahme und der weiteren Betreuung in der stationären Jugendhilfe.

Schon im Vorschulbereich und in den ersten Grundschuljahren fielen Kinder auf, die teilweise sehr aggressiv und sexuell auffällig waren. Die Kinder griffen andere Kinder an, aber schreckten auch nicht davor zurück, sich gewalttätig gegenüber den Erwachsenen zu zeigen (treten, schlagen, beißen und ähnliches). Das Fachpersonal und auch die Lehrer*innen kamen so selbstverständlich an ihre Grenzen. Der Kinderschutzdienst wurde eingeschaltet, um einzuschätzen, ob die Kinder möglicherweise selbst Gewalt erlebt haben und diese Erfahrungen auf diese Weise ausagieren.

Nach wie vor war auch die Anzahl der Fälle, in denen die Eltern nach der Trennung hochstrittig waren, recht hoch. Bei Verdacht auf Ausübung von Gewalt arbeitet der Kinderschutzdienst mit den Kindern, damit diese



eine neutrale Ansprechstelle haben. Auch schauen die Berater*innen insgesamt auf die Bedürfnisse der Kinder, die häufig in einem Loyalitätskonflikt hin zu beiden Elternteilen stehen. Die Frage, ab wann diese Kinder in ihrem Kindeswohl gefährdet sind, ist für das Umfeld (Familie, Jugendamt, Kita, Schule und weitere Helfer wie auch bei Gericht) äußerst schwer einzuschätzen. Insgesamt kann für das Jahr 2022 festgehalten werden, dass die Auswirkungen der Pandemie in vielerlei Hinsicht die Kinder und Jugendlichen, die zu uns kamen, zusätzlich belastet haben. Bemerkenswert war auch, dass eine Vielzahl der Kinder und Jugendlichen trotz Erreichen des Beratungszieles nach weiteren Terminen anfragten.

Wir konnten vermehrt psychische Entwicklungsstörungen bei den Kindern beobachten. Auch waren in einzelnen Fällen die Eltern psychisch stärker belastet, bis hin zu einer psychischen Erkrankung eines Elternteils. Dies könnte unmittelbar eine Folge der Isolation der Familien während der Pandemie sein. Besonders gefordert waren auch die alleinerziehenden Elternteile, die Beruf und Betreuung der Kinder kaum noch miteinander vereinbaren konnten, weil die Kitas und Schulen geschlossen hatten. Dem vermehrten Bedarf der Kinder und Jugendlichen können auch die niedergelassenen Psychiater und die stationäre Psychiatrie

nur bedingt nachkommen. Die Wartezeiten in dem Bereich sind recht lang. Der Kinderschutzdienst war sehr bemüht, diese Zeiten beratend mit den Familien zu überbrücken.

Im Bereich der Netzwerkarbeit und der Prävention konnte zum Glück wieder einiges aufgenommen und angeboten werden. So wurde die Zusammenarbeit mit zahlreichen Partnern wie Jugendamt, verschiedenen Arbeitskreisen und regionalen oder überregionalen Netzwerken wieder verstärkt genutzt.

Das Präventionsangebot „Miteinander leben ohne Gewalt“ startete wieder mit den Kindern in den Grundschulen. Die Tagespflegepersonen in Speyer und dem Rhein-Pfalz-Kreis konnten zum Thema Kinderschutz wieder in Präsenz geschult werden. Auch am „Tag gegen Gewalt an Frauen und Kindern“ im November und am Tag der seelischen Gesundheit beteiligte sich der Kinderschutzdienst in diesem Jahr.

Personell standen wir vor der Herausforderung, zwei halbe Stellen im gesamten Kinderschutzdienst für Kolleginnen in Elternzeit neu zu besetzen. Die Stellen konnten erfreulicherweise zeitnah und auch mit sehr erfahrener Personal neu besetzt werden. Das hatte den Vorteil, dass die Arbeit mit den Kindern und Jugendlichen im vollen Umfang weitergeführt werden konnte.

Ein Fallbeispiel aus dem Kinderschutzdienst:

Anna wandte sich im April 2022 selbstständig an den Kinderschutzdienst. Sie war wenige Wochen zuvor 18 Jahre alt geworden und benötigte dringend Unterstützung. Ihr konnte direkt am nächsten Tag ein Gespräch im Caritas-Zentrum angeboten werden. Sie berichtete, dass sie aus ihrem Elternhaus geflohen war, weil ihr Vater drohte, sie zu ihren Großeltern in den Libanon zu schicken und dort unter Zwang zu verheiraten. Ihre Eltern würden sie und ihre Geschwister zwingen, ein Kopftuch zu tragen. Alle Geschwister dürften keine Kontakte und Freunde haben und nicht alleine raus gehen, außer in die Schule oder zu einem Nebenjob. Die Eltern würden die Kinder mit körperlicher Gewalt bestrafen, wenn diese in den Augen der Eltern etwas falsch gemacht hätten oder nicht gehorchen wollten.

Seit drei Tagen war Anna bei einer Schulfreundin untergekommen. Die Mutter der Schulfreundin sei einverstanden. Sie habe von einem Freund aus der Schule vom Kinderschutzdienst gehört und habe sich daher beim Caritas-Zentrum gemeldet.

Anna sorgte sich sehr um ihre Perspektive. Sie wolle ihr Abitur schaffen und später Jura studieren. Sie wisse nicht, wo sie wohnen und leben könne. Sie mache sich Sorgen, wie sie sich finanzieren solle, da sie ihren Nebenjob bei einer Bäckerei verloren habe, weil ihre Eltern dort aufgetaucht seien und man die Polizei anrufen musste. Anna wurde über ihre Möglichkeiten beraten. Es wurde ein gemeinsamer Termin beim Jugendamt in Speyer ausgemacht.

Die Eltern erhielten durch das Jugendamt die Information, dass Anna beim Kinderschutzdienst angebunden sei und sich an die Jugendhilfe gewandt habe. Sie zeigten sich nicht kooperationsbereit. Anna wünschte sich keinen weiteren Kontakt mit ihren Eltern und Geschwistern.

Sie kam regelmäßig zur Beratung und erhielt emotionale Unterstützung im Caritas-Zentrum. Gemeinsam wurden Berichte erstellt und Formulare für die Jugendhilfemaßnahmen ausgefüllt. Sie wurde motiviert, einen anderen Nebenjob zu finden. Es wurde für sie ein kostenloses Fahrrad besorgt, um mobil sein zu können. Auf Wunsch der jungen Frau wur-

de sie bei Vorstellungsgesprächen in Wohngruppen begleitet und bei der Entscheidungsfindung beraten. Auch nach dem Einzug in die Wohngruppe wünschte sich Anna weitere Begleitung und regelmäßige Termine für Gespräche. Die Kinderschutzdienstmitarbeiterin wurde ihre Vertrauensperson, und sie wandte sich mit allen Sorgen und Themen an diese. Sie holte sich auch Hilfe, als ihre Eltern anfangen, ihr aufzulauern und sie zu bedrohen. Zusammen wurden Möglichkeiten verschiedener Hilfsangebote besprochen und umgesetzt.

In den Gesprächen mit Anna waren folgende Themen bedeutsam:

- Ressourcen und Schutz
- Rechte für junge Volljährige
- Erfahrung von Selbstwirksamkeit
- Stärkung von Fähigkeiten, Talenten, Selbstbewusstsein
- Angebot von Familiengesprächen (wurden bisher abgelehnt)
- Verarbeitung traumatischer Erfahrungen, indem offen darüber gesprochen werden darf
- Selbstständigkeit

Durch die regelmäßigen Kontakte erhielt Anna einen Raum, um sich in Sicherheit zu wissen, sich offen ausdrücken zu können und sich zu jeder Zeit handlungsfähig zu wissen.

Sie berichtet über tolle Freundschaften, die sie nun erleben und pflegen darf, über Freizeitaktivitäten, die sie zum ersten Mal ausüben könne, wie Schlittschuhlaufen, über ein Zusammenleben mit anderen jungen Erwachsenen ohne Gewalt und viel Freiraum, um sich selbst zu verwirklichen.

Anna sagte immer wieder, dass sie sehr dankbar für die umfangreiche Unterstützung und Begleitung sei. Sie wirkte immer sehr erleichtert, wenn sie offen über ihre Probleme und Sorgen sprechen konnte.

Sie wurde zunehmend fröhlicher, ausgeglichener und wirkte weniger angespannt und besorgt. Die Hilfe tat ihr sichtlich gut.

Sie wird weiterhin von der Kinderschutzberaterin in größeren Zeitabständen begleitet.

Entwicklungen, Tendenzen und Perspektiven

Auch im Jahr 2023 ist ein großer Zulauf an Geflüchteten infolge des Klimawandels, schlechter werdenden Lebenssituationen, Armut und unterschiedlicher Kriege zu erwarten.

Der Angriffskrieg der Ukraine hat zu weitreichenden Veränderungen und Problemen geführt, welche auch

oder gerade in 2023 eine Vielzahl an Menschen zur Flucht zwingen werden. Auch die Situation in Afghanistan und im Iran kann zu weiteren Fluchtbewegungen führen und bedarf qualitativer und kontinuierlicher Beratung vor Ort in den Kommunen und in der Landeserstaufnahmeeinrichtungen.

Nördlicher Rhein-Pfalz-Kreis

Das Beratungsangebot des Migrationsfachdienstes richtet sich an Menschen mit Einwanderungsgeschichte mit und ohne Aufenthaltstitel und an alle relevante Akteur*innen im Sozialraum aus dem nördlichen Teil des Rhein-Pfalz-Kreises.

Dieses Jahr fand die Beratung überwiegend in Präsenz statt und nur teilweise telefonisch. Kund*innen mit geringen Deutschkenntnissen waren auf die Präsenzberatung angewiesen. Telefon- und Onlineberatung ist als ergänzendes Angebot dennoch sinnvoll. Die meisten Anfragen kamen von Drittstaatsangehörigen (nicht EU-Ländern) und gelegentlich von Unionsbürger*innen, die schon lange in Deutschland leben.

Zu den häufigsten Themen der Ratsuchenden gehörten Fragen zu den Integrationskursen, zum Aufenthaltsrecht zur Aufenthaltsverfestigung, zu beruflicher Qualifikation, zur Anerkennung ausländischer Bildungsnachweise sowie über Möglichkeiten der Erwerbstätigkeit in Deutschland. Neben migrationsspe-

zifischen Fragen waren die meist genannten Themen die Hilfe bei der Wohnungssuche und Fragen zum Zugang zu Sozialleistungen.

Die meisten Anfragen kamen von Kund*innen aus Syrien und Afghanistan.

Was die Geschlechterverteilung betrifft, war keine Tendenz festzustellen.

Viele Sitzungen und Arbeitstreffen mit Kooperationspartnern fanden im Jahr 2022 wieder in Präsenz statt, was die Zusammenarbeit und den Austausch erleichterte.

Im Vergleich zu den letzten beiden Jahren konnte die Beratung in den Kommunen wieder vor Ort stattfinden. Diese fand unter anderem auch in einem Willkommens- und Begegnungscafé statt, organisiert von der Kirchengemeinde der Verbandsgemeinde Lambsheim-Heßheim, für die Geflüchteten aus der Ukraine in Großniedesheim. Dort konnte man dabei unterstützen, Kontakte zu knüpfen, Informationen zu vermitteln oder Behördendokumente zu übersetzen.

Erstaufnahmeeinrichtung für Asylbegehrende in Speyer

Die unabhängige Sozial- und Verfahrensberatung der Caritas in der Erstaufnahmeeinrichtung Speyer war zum Ende des Jahres 2022 mit 1,5 Stellenanteilen besetzt. Die Zuständigkeit erstreckt sich, wie bereits in den Vorjahren, auf die zahlreichen Bewohner*innen der Landeserstaufnahmeeinrichtung in Speyer.

Dabei waren wir Ansprechpartner (häufig auch Erstanlaufstelle) für jegliche Fragen, Problemstellungen und Bedürfnisse der Aufgenommenen vor Ort. Als individuelles und unabhängiges Angebot versuchten wir, diese bei der Lösungsfindung zu unterstützen und waren teilweise auch Mittler zwischen Behörden, Institutionen und Kund*innen. Die im Vorjahr angegebene Kapazität von rund 1.125 Personen, wurde mittels Nutzung von Sporthallen und Thermozelten, als voraussichtlich vorübergehende Lösung, deutlich erhöht. Zwischenzeitlich hatten wir allerdings einen Belegungshöchststand von 1.580 registrierten Bewohner*innen. Einige Personen mussten deshalb schnellstmöglich in andere Aufnahmeeinrichtungen oder kürz-

lich neu eröffnete Unterbringungsmöglichkeiten verlegt werden. Die Auslastung zum Jahresende betrug 1.400 Bewohner*innen.

Die alltägliche Arbeit wurde in Containern, direkt auf dem AFA-Gelände (Aufnahmeeinrichtung für Asylsuchende), niedrigschwellig und gut erreichbar für die Hilfesuchenden durchgeführt.

Die Anfragenden kamen mehrheitlich aus den Ländern Syrien, Afghanistan, Ägypten und Pakistan.

Die Beratungsstelle der Caritas wurde in diesem Jahr von 465 Personen (172 Personen mehr als 2021) besucht, was zeigt, dass sich der Zulauf somit im Vergleich zum Vorjahr stark erhöht hat. Außerdem wurden über 1.082 Kurzberatungen (251 weniger als 2021) durchgeführt. Es fanden 1.078 Folgeberatungen (408 weniger als 2021) statt.

Bei Beratungen rund um das Asylverfahren, konnten anfragende Bewohner*innen über Abläufe im Asylverfahren ausführlich aufgeklärt und über Rechte und Pflichten im Asylverfahren informiert werden. Ein



Großteil der Nachfragen bezog sich in diesem Jahr erneut auf die Dublin-Verordnungen, welche die Zuständigkeiten für das Asylverfahren regelt. Auch nach Entscheidung waren wir selbstverständlich Ansprechpartner. Sobald unsere Kund*innen ihre Entscheidung in Bescheidform erhielten, besprachen wir diese mit ihnen und erklärten ihnen die Auswirkungen und Folgen der getroffenen Entscheidung des BAMF. Im Falle eines positiven Bescheides, klärten wir über deren zukünftigen Bleiberecht und Chancen und Möglichkeiten auf. Bei negativem Ausgang informierten wir über weitere potenzielle Schritte (wie Klage oder alternative Möglichkeiten zur Aufenthaltssicherung).

Während unserer Beratungstätigkeit führten wir auch regelmäßig Gespräche zur Identifizierung von Schutzbedürftigkeit und Vulnerabilität. Da wir häufig Erstansprechpartner für Bewohner*innen waren und Gespräche in vertrauensvollen und geschützten Räumen ermöglichen konnten, nutzen dies zahlreiche Personen auch, um sich zu öffnen und erstmalig in Deutschland über ihre Erfahrungen, Bedürfnisse und Belastungen zu sprechen.

So wurden regelmäßige psychische Vorbelastungen, Missbrauchs- und Foltererfahrungen, Kriegserfahrungen Ängste, und negative Belastungen aufgrund von Unterdrückungen, Zwangsprostitution, Menschenhandel oder geschlechtsspezifischer Verfolgung in anderen Ländern in Gesprächen zum Thema gemacht.

Hier konnten wir ein offenes Gesprächsangebot eröffnen, im Austausch mit dem psychosozialen Zentrum (PSZ) und der Krankenstation weitere Hilfsmöglichkeiten anbieten und auch durch regelmäßige Austausche zu Einzelfällen in Absprache mit den Kund*innen mit diesen Trägern, niedrigschwellig gesundheitliche Aspekte erörtern und vermitteln.

In unseren Beratungsgesprächen wurden, neben asylrelevanten Themen, auch immer wieder unterschiedliche Fragen in Bezug auf Behördenangelegenheiten, Briefe von Firmen oder Gerichten oder allgemeine alltagspraktische Fragen zum Leben in Deutschland gestellt.

Durch unsere niedrigschwellige Angebotsform in der offenen Terminvergabe konnten wir so schnell Fragestellungen erkennen und teilweise auch direkt an andere, interne Stellen wie Profes (Sprachkurse) oder das PSZ verweisen.

So nahmen wir häufig eine Vermittlungsrolle ein und waren regelmäßig mit Behörden wie der Allgemeinen Dienstleistungsdirektion, der Polizei und Ausländerbehörde oder Institutionen wie Europäische Home Care, Profes, Banken oder der Schwangerschaftsberatung zur Klärung unterschiedlicher Fragen in Kontakt.

Im psychosozialen Bereich waren wir auch immer wieder Ansprechpartner bei psychischen Erkrankungen und Ängsten vor Abschiebungen (gerade bei Dublin-Fällen), aus traumatischen Vorerfahrungen oder vor drohender Rückkehr/Abschiebung ins Herkunftsland, weshalb wir hier ein offenes Ohr anboten und auf Wunsch an andere Organisationen vor Ort verwiesen. Auch wenn dieses Jahr leider durch den Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine gekennzeichnet war, war in unserer Beratungsstelle die darauffolgende Fluchtbewegung der ankommenden Ukrainer nur teilweise und im übertragenen Sinne spürbar.

Vereinzelt traten ukrainische Geflüchtete, welche zunächst zahlreich (innerhalb weniger Wochen wurden in der Einrichtung rund 2.000 geflüchtete Menschen aus der Ukraine aufgenommen) in die Aufnahmeeinrichtung kamen, an uns heran. Allerdings aufgrund gesetzlich verordneter Besserbehandlung waren diese in unserer Beratung eher selten und fragten nur aufgrund von Transferwünschen bei uns an.

Allerdings meldeten sich bei uns eine Vielzahl an Drittstaatlern (Studium in Ukraine, Arbeitskräfte in Ukraine oder sogar auch eingekaufte Fußballer), welche nicht mehr in ihre Herkunftsländer zurückkehren wollten oder konnten, um über ihre Rechte aufgeklärt zu werden.

Die Ungleichbehandlung war auch immer wieder Anlass von Beschwerden von anderen Geflüchteten, welche auch aus Kriegsgebieten kamen.

Ein außergewöhnlicher Fall aus der AfA Speyer

Bereits im Januar meldete sich eine Familie aus Syrien bei uns, welche wir aufgrund der besonderen persönlichen Situation, mehrere Monate berieten und begleiteten. Die fünfköpfige Familie (bestehend aus Vater, Mutter, einer volljährigen Tochter, einem volljährigen Sohn und einem minderjährigen Sohn) reiste Ende 2021 in Deutschland ein und stieß bei der Durchführung der Anhörung beim BAMF (Bundesamt für Migration und Flüchtlinge), bei der die volljährigen Mitglieder der Familie Aussagen über ihren Reiseweg und ihre Fluchtgründe tätigen sollten, auf einige Schwierigkeiten.

Bei der Anhörung stellte das BAMF fest, dass die volljährige Tochter aufgrund psychischer Erkrankungen vermutlich nicht vernehmungsfähig ist und verwies diese an unsere Beratungsstelle. Bereits im Vorfeld wurden Untersuchungen hinsichtlich ihrer Gesundheit durch die Krankenstation auf dem AFA-Gelände und unterschiedliche Krankenhäuser durchgeführt, aber nicht an das BAMF weitergegeben.

Da das BAMF nun die Tochter einlud und dort schon beim ersten Termin diese Beeinträchtigung auffiel, bat das BAMF die Familie, sich bei uns zu melden und um Klärung, ob die erwachsene Tochter ein Asylverfahren durchführen kann.

Wie sich in unterschiedlichen Beratungsgesprächen, im Austausch mit der Krankenstation, mittels Arztberichten und durch die Schilderung der Familie schließlich herausstellte, war die Tochter wirklich nicht in der Lage, selbst am Asylverfahren teilzu-

nehmen, da sie nicht nur geistig beeinträchtigt war, sondern ihr auch die Kommunikation mit Außenstehenden kaum möglich war.

Dies konnte auch noch einmal in einer gemeinsamen Sitzung mit einer Übersetzerin festgestellt werden. Daraufhin regten wir eine Betreuung beim Betreuungsgericht Speyer an und führten gemeinsame Gespräche mit Betreuungsbehörde, der Familie und der Übersetzerin. Daneben wurden die restlichen Familienmitglieder ausführlich über das Asylverfahren aufgeklärt, über Rechte und Pflichten belehrt und dabei glücklicherweise festgestellt, dass die Zuständigkeit des Asylverfahrens vermutlich bei Deutschland liegen wird, sodass einem schnelleren Transfer nichts im Wege stand.

In Absprache mit der Familie wurde die Info über das angeregte Betreuungsverfahren an die Behörden (das BAMF und andere Behörden vor Ort) weitergegeben und das Anhörungsverfahren schließlich seitens BAMF pausiert.

In Absprache mit dem Transferbüro und dem BAMF konnte zudem einige Monate später, nachdem die restlichen erwachsenen Familienmitglieder angehört worden waren, ein Transfer beschleunigt werden und somit auch eine bessere Unterbringung in einer Kommune in der Nähe von bereits zuvor eingereisten, gut integrierten Familienmitgliedern ermöglicht werden.

Als weitere Hilfestellungen erhielt die Familie zum Abschied noch einige Kontaktadressen zu weiteren Ansprechpartnern in der neuen Kommune.

Schwangerschaftsberatung wird sowohl in Speyer als auch in Frankenthal angeboten. In Speyer ist der Fachdienst mit einer 0,5-Stelle besetzt, in Frankenthal mit 0,3.

Es wurden im Jahr 2022 insgesamt 151 Kundinnen beraten (162 in 2021). Die Gesamtzahl der Beratungskontakte lag bei 455 (390).

Statistische Angaben

| | Speyer | Frankenthal |
|--|------------|-------------|
| Erstberatungen | 64 | 40 |
| Weiterberatung von Kundinnen, aus den Vorjahren bis 2021 | 40 | 7 |
| Kundinnen insgesamt | 104 | 47 |
| Anzahl der Kontakte | 330 | 125* |
| Kontakte Präsenz | 115 | 91 |
| Kontakte telefonisch | 241 | 34 |
| Kontakte brieflich, E-Mail | 211 | 2 |
| Kontakte online | 7 | 6 |

* Kontaktzahl in Frankenthal ist die reine Präsenz- oder Telefonberatung. Nicht gezählt sind die telefonischen Erstkontakte zur Terminabsprache und inhaltliche Informationen. Für reine Online-Beratungen kommen 2022 in Frankenthal sechs Kontakte dazu. In Speyer gab es sieben online-Anfragen.

| Alter | Speyer | Frankenthal |
|--------------------|--------|-------------|
| Minderjährige | 2 | 2 |
| 18 – 19 Jahre | 3 | 0 |
| 20 – 24 Jahre | 17 | 6 |
| 25 – 29 Jahre | 33 | 18 |
| 30 – 39 Jahre | 41 | 21 |
| 40 Jahre und älter | 8 | 0 |

| Staatsangehörigkeit | Speyer | Frankenthal |
|----------------------------|--------|-------------|
| Deutsch | 41 | 17 |
| Türkisch | 6 | 6 |
| EU Staaten | 21 | 5 |
| Ost-Europäische Staaten | 12 | 3 |
| Nicht Europäisches Ausland | 20 | 16 |
| Keine Angaben | 4 | 0 |

| Einkommenssituation | Speyer | Frankenthal |
|--------------------------------|--------|-------------|
| Erwerbstätigkeit unselbständig | 38 | 8 |
| Erwerbstätigkeit selbständig | 2 | 0 |
| ALG I | 4 | 0 |
| ALG II | 27 | 14 |
| AsylbLG | 2 | 6 |
| SGB XII -Sozialhilfe | 0 | 1 |
| Wohngeld | 0 | 5 |
| Kindergeld | 44 | 22 |
| Kinderzuschlag | 1 | 3 |
| Elterngeld | 3 | 1 |
| BaföG | 0 | 1 |
| Rente | 1 | 0 |
| Unterhalt | 6 | 3 |
| Leistungen Krankenversicherung | 2 | 1 |

Entwicklungen, Tendenzen und Perspektiven

Die Beraterinnen der Schwangerschaftsberatung verstehen sich als Ansprechpartner bei Fragen rund um Schwangerschaft, Geburt und Übergang in die Elternschaft. Sie bieten Informationen, Beratung und Unterstützung von Frauen und Familien an, die ein Baby erwarten oder sich mit dem Thema Familienplanung befassen.

Weitere Aufgabenfelder sind die Vermittlung finanzieller Hilfen, die Unterstützung bei der Geltendmachung gesetzlicher Ansprüche und beim Umgang mit Behörden. Im Bereich des Caritas-Zentrums Speyer, dazu gehören die Städte Frankenthal und Speyer sowie der Rhein-Pfalz-Kreis, suchten im Jahr 2022 151 Frauen die Beratungsstellen auf.

Da sich die Pandemiebestimmungen gelockert hatten, kamen wieder mehr Frauen persönlich in die Präsenzberatung.

Allerdings waren die Zugänge zu den Ämtern nach wie vor beschränkt und so fragten viele Schwangere nach Information und Unterstützung bei der Beantragung von Transferleistungen.

Auffallend war der erhöhte Anteil von Frauen ausländischer Nationalität, der 60 Prozent ausmachte. Davon hatten viele ein befristetes Aufenthaltsrecht, erwarteten zum ersten Mal ein Kind in Deutschland und hatten Fragen zum Ablauf der Geburt und zum Klinikaufenthalt. Eine weitere Veränderung, die sich daraus ergab, war der hohe Anteil von Frauen die verheiratet waren oder in einer Partnerschaft lebten. Nur 10 Prozent aller Schwangeren waren alleinerziehend. Dazu zählten auch einige schwangere Frauen aus der Ukraine, deren Männer noch im Heimatland waren. Hier fanden

auch Gespräche statt, die sich mit den traumatischen Kriegserlebnissen und der Frage, wie es weitergehen kann, befassen. Auch weitergehende Fragestellungen, wie die Anerkennung ihres Studienabschlusses, den Besuch eines Sprachkurses und die Möglichkeiten der Kinderbetreuung, wurden in den Beratungen angesprochen.

Wie schon in den vergangenen Jahren suchten viele Familien nach größeren Wohnungen und hatten die Befürchtung, dass keine Betreuung in der Kita zum gewünschten Termin möglich sein würde.

Bei allen Frauen, gleich welcher Nationalität, konnte zunehmend eine Verunsicherung bemerkt werden, die sich bis hin zu Angst vor der Zukunft und einem drohenden Krieg steigerte. Der hohe Kaufkraftverlust und das oft unsichere Einkommen erschwerten den Start als junge Familie. Auch die Angaben der Frauen, dass sich gesundheitliche und psychische Probleme durch die Schwangerschaft häufiger bemerkbar machen, passte zu dieser Thematik.

So war es eine der Aufgaben der Beraterinnen, den Frauen Zuversicht zu vermitteln, Mut zuzusprechen und gemeinsam nach Wegen zu suchen, wie ein guter Start mit dem Baby gelingen kann. Auch nach der Geburt stehen den Frauen die Möglichkeit der Begleitung durch Gespräche offen. Dazu konnten die Frauen mit finanziellen Hilfen seitens der Stiftung „Mutter und Kind“ oder des Bischöflichen Hilfsfonds mit knapp 37.000 Euro unterstützt werden.

Im Rahmen des Projektes „wertvoll aufgeklärt“ wurde in einer zehnten Klasse zum Thema „Ungeplant schwanger“ eine Veranstaltung durchgeführt.

Ein Fallbeispiel der Schwangerschaftsberatung:

In Kooperation mit den Frühen Hilfen Speyer kam eine 17-jährige Schwangere in die Beratung. Es handelte sich um eine Förderschülerin, die zusammen mit zwei jüngeren Geschwistern im Haushalt der Eltern lebt. Die Schwangerschaft war zunächst unerwünscht, bei intakter Beziehung zum Partner, der seinerseits noch bei den Eltern wohnt und am Anfang einer Ausbildung steht.

Die Themen waren finanzielle Beihilfen, Ansprüche zur Existenzsicherung und Zuwendungen über die Bundestiftung Mutter und Kind. Weitere Fragen drehten sich um die Vor- und Nachsorge sowie Fragen zur Geburt, zum Übergang zur Elternschaft, zum Elternsein und zur Vereinbarkeit von Schule und Kind. Darüber hinaus ging es auch um die berufliche Orientierung in der Zukunft und um Familienplanung für die Zeit nach der Geburt.

Um den Schulabschluss zu erreichen, wird die Förderschule die Frau nach der Mutterschutzzeit

wieder aufnehmen, sodass sie im Sommer 2023 die Schule abschließen kann. Bis dahin wird ihre Mutter einen großen Teil der Sorgearbeit und die Betreuung des Säuglings übernehmen, während die Schülerin den Unterricht besucht.

Zur Entlastung und Anleitung wurde über das Jugendamt eine Alltagsbegleiterin für die Schülerin für die Zeit nach der Geburt beantragt.

Die Frau hat sich für einen Kaiserschnitt entschieden, da die übergroßen Ängste vor der Geburt nicht aufgelöst werden konnten.

Für die erforderliche Ausstattung leisteten Jobcenter und Bundestiftung finanzielle Zuschüsse zur Deckung der Bedarfe, auch mit der Option, für eine spätere Wohnung gemeinsam mit dem Kindsvater eine Beihilfe zu leisten. Darüber hinaus kann auch die erforderliche Kinderbetreuung finanziert werden, falls die junge Mutter später eine Ausbildung absolvieren wird.



Suchtberatung

Für die Suchtberatung für die Stadt Speyer und den Rhein-Pfalz-Kreis ist ein Team von drei Beraterinnen tätig, das durch einen Arzt und einen Lauftrainer ergänzt wird.

Im Jahr 2022 wurden insgesamt 269 (244 in 2021) Menschen mit Suchtproblemen sowie Angehörige beraten und behandelt.

Statistische Angaben

| Betreuungs- / Behandlungsgrund | Gesamt |
|--------------------------------|------------|
| Eigene Problematik | 230 |
| Angehörige / Bezugspersonen | 39 |
| Gesamt | 269 |

| Art der Durchführung | Fälle | Männer | Frauen | Divers |
|----------------------|-------------|-------------|------------|-----------|
| Online-Beratung | 33 | 17 | 11 | 5 |
| Telefonberatung | 208 | 99 | 109 | 0 |
| Face-to-face | 1934 | 1152 | 768 | 14 |
| Schriftverkehr | 134 | 62 | 72 | 0 |
| Gesamt | 2309 | 1330 | 960 | 19 |

| Symptomatik | Fälle | Männer | Frauen | Divers |
|---------------------------------------|------------|------------|-----------|----------|
| Abhängigkeit von Alkohol | 171 | 107 | 63 | 1 |
| Abhängigkeit von Medikamenten | 2 | 0 | 2 | 0 |
| Abhängigkeit von illegalen Drogen | 6 | 5 | 1 | 0 |
| Essstörungen | 2 | 0 | 2 | 0 |
| Schädlicher Gebrauch von Suchtmitteln | 40 | 22 | 18 | 0 |
| Gesamt | 221 | 134 | 86 | 1 |

| Maßnahmen | Fälle | Männer | Frauen | Divers |
|---|------------|------------|------------|----------|
| Krisenintervention + einmaliger Kontakt | 103 | 59 | 42 | 2 |
| Beratung und Behandlung | 166 | 96 | 69 | 1 |
| Gesamt | 269 | 155 | 111 | 3 |

Das Beratungs- und Behandlungsangebot der Suchtberatung richtet sich an Menschen, bei denen eine stoffgebundene Abhängigkeit wie Alkohol- und Medikamentenabhängigkeit oder ein problematischer Gebrauch oder Missbrauch dieser Suchtmittel im Vordergrund steht. Unser Schwerpunkt liegt beim Thema Alkohol. Auch Menschen mit dem Symptom pathologisches Glücksspiel und Essstörungen finden hier qualifizierte Hilfe. Unser Beratungs- und Behandlungsangebot richtet sich ebenso an Angehörige oder sonstige Bezugspersonen wie zum Beispiel Arbeitgeber. Beson-

dere Beachtung finden Kinder sucht- und psychisch kranker Eltern, die in der Gruppe „Schatzinsel“ Unterstützung erfahren.

Vorteilhaft zeichnet sich für unsere Arbeit die integrierte Beratung im Caritas-Zentrum aus: Unmittelbar und niederschwellig können wir bei Bedarf weitere Fachdienste im Haus, wie Sozialberatung, Erziehungs-, Ehe- und Lebensberatung oder den Kinderschutzdienst mit einbeziehen. So gewährleisten wir integrierte Hilfestellungen kurzfristig aus einer Hand unter einem Dach.

Entwicklungen, Tendenzen und Perspektiven

Nach Abebben der Corona-Pandemie sind die Fallzahlen leicht angestiegen. Die Dauer und Verbindlichkeit der Beratungs- und Behandlungsverläufe bewegt sich weiterhin auf hohem Niveau.

Unsere Kund*innen können zwischen Online-, Telefon- und Präsenzberatung wählen, wobei unsere Kund*innen zahlenmäßig weit überwiegend den persönlichen Präsenzkontakt face-to-face bevorzugen. Die Nachfrage im Online-Bereich ist eher zurückgegangen.

Im Vergleich zum Vorjahr ist der Männeranteil bei Beratungsanfragen angestiegen. Bei nahezu doppelt so vielen Männern wie Frauen liegt eine Alkoholabhängigkeit vor. Die Beratungsnachfrage von Angehörigen ist im vergangenen Jahr deutlich zurückgegangen.

Der Altersschwerpunkt unserer Ratsuchenden liegt zwischen 40 und 60 Jahren, was bei Alkoholabhängigkeit mit den Zahlen auf Bundesebene korrespondiert. Auffällig ist allerdings, dass sich bei uns der Anteil von

Hilfesuchenden über 60 Jahren im vergangenen Jahr nahezu verdoppelt hat.

Eine interessante Entwicklung zeigt sich bei Ratsuchenden mit der Diagnose „Missbrauch von Alkohol“. Hier hat sich die Nachfrage in den letzten zwei Jahren verdoppelt. In dieser Entwicklung könnte sich widerspiegeln, dass wir auf Basis einer zieloffenen Beratung neben abstinenzorientierten Hilfsangeboten auch ein Programm zum Erlernen des „Kontrollierten Trinkens“ anbieten.

Das Interesse am Wiedererreichen eines moderaten, schadensbegrenzenden Alkoholkonsums hat in den letzten Jahren zugenommen.

Nach Lockerung der Pandemie-Beschränkungen hat sich die Kooperation mit dem Vincentius-Krankenhaus bei der Erstberatung von suchterkrankten Patient*innen deutlich wiederbelebt.

Ein Fallbeispiel aus der Suchtberatung:

Herr L. kam gemeinsam mit seiner Ehefrau zum Erstgespräch. Das Paar ist langjährig verheiratet und hat drei schulpflichtige Kinder. Herr L. ist Ende 40, bezog pandemiebedingt Kurzarbeitergeld, seine Frau arbeitete Teilzeit im Homeoffice. In der akuten Corona-Phase blieb er ohne Arbeit zu Hause, da seine Branche direkt von der Pandemie betroffen war. Zu diesem Zeitpunkt tummelten sich alle Familienmitglieder mit ihren unterschiedlichen Bedürfnissen (Homeoffice, Homeschooling) auf engem Raum, was vermehrt zu verschärften Konflikten führte. Herr L., üblicherweise der Hauptverdiener der Familie, daran gewöhnt überwiegend außer Haus zu sein, erlebte sich zunehmend nutzlos und den neuen Herausforderungen nicht gewachsen. In seiner Sorge um das Wohl der Familie und angesichts der eigenen Hilflosigkeit griff er bei Streitigkeiten zunehmend zu hochprozentigen Alkoholika, um sich zu entlasten.

In einer solchen Situation kam es bei dem Versuch, mit dem PKW am Verkehr teilzunehmen, zu einem

Polizeieinsatz und dem Entzug des Führerscheins. Damit drohte konkret der Verlust des Arbeitsplatzes.

Im Beratungs- und Behandlungsverlauf, in den die Ehefrau eingebunden war, gelang es dem Paar, eine konstruktive Streitkultur zu entwickeln. Herr L. erlernte neue Strategien zur Stressreduktion und erreichte eine stabile Abstinenz. Mit Unterstützung der Selbsthilfegemeinschaft Kreuzbund, speziell der Gruppe für alkoholauffällige Verkehrsteilnehmer*innen, erlangte er seinen Führerschein wieder und somit auch seinen Arbeitsplatz.

Diese Entwicklung ist kein Einzelfall, vielmehr zeichnet sich ein Trend ab, der sich als Folge der Pandemie beobachten lässt.

Zu uns kommen vermehrt Kund*innen, die keine langjährige Suchterkrankung mit körperlicher Abhängigkeit entwickeln, sondern in der Krise, zur Entlastung und Beruhigung, vermehrt auf Alkohol zugegriffen haben und zu einem moderaten Umgang mit Alkohol zurückfinden wollen.



Entwicklungen, Tendenzen und Perspektiven

Gruppe „Schatzinsel“ – Angebot für Kinder, die in ihren Familien Suchtprobleme oder psychische Erkrankungen erfahren

In Zusammenarbeit mit der Erziehungs-, Ehe- und Lebensberatung sowie dem Kinderschutzdienst des Caritas-Zentrums im Rahmen der Integrierten Beratung bieten wir die Gruppe „Schatzinsel“ an.

Kinder suchtkranker Eltern sind die größte bekannte Risikogruppe zur späteren Entwicklung eigener Suchtstörungen wie Alkohol-, Drogen- oder Verhaltenssüchte. Auch für psychische Störungen wie Ängste, Depressionen oder Persönlichkeitsstörungen weisen sie später deutlich erhöhte Risiken auf.

Das Caritas-Zentrum Speyer nimmt sich seit einigen Jahren dieser Kinder an, um sie zu unterstützen und zu stärken. Seit 2017 wurde das Angebot erweitert auf Kinder, bei deren Eltern(teilen) psychische Erkrankungen diagnostiziert sind. Die Schnittmenge an vergleichbaren Erfahrungen und Erlebnissen ist hier groß. Neben Spiel und Spaß erfahren die Kinder, dass sie nicht alleine sind und können belastende Erlebnisse verarbeiten lernen. Sie eignen sich ein kindgerechtes Wissen über Sucht und psychische Erkrankungen an, wofür Kinder niemals Schuld tragen können.

Die Eltern werden nach Möglichkeit in die Suche nach Entlastungsmöglichkeiten der Kinder mit einbezogen und erhalten weitere Hilfsangebote. Notfallpläne und der Kontakt zu Vertrauenspersonen werden mit den Kindern besprochen, damit sie sich im Notfall selbst zu helfen wissen. Ein wichtiges Anliegen der „Schatzinsel“ ist es darüber hinaus, mit den Kindern ihre eigenen Stärken und Ressourcen zu entdecken und ein gesundes Selbstwertgefühl aufzubauen.

Nach der Anmeldung durch die Eltern und ein gemeinsames Erstgespräch können die Kinder jederzeit zur Gruppe dazustoßen. In vorgeschalteten Einzelgesprächen wird thematisch in die Gruppeninhalte eingeführt. Coronabedingt gab es zeitweise Einschränkungen bei der zulässigen Gruppengröße sowie der Gruppendurchführung.

Nach einer Neukonzeptionierung in 2020 wird die „Schatzinsel“ seit September 2021 alle zwei Wochen im Familienzentrum „K.E.K.S“ durchgeführt. Das Angebot soll in Kooperation mit der Stadt Speyer nachhaltig gesichert werden.



Entwicklungen, Tendenzen und Perspektiven

Die Kitasozialraumarbeit (KiSa) wurde im Herbst 2020 durch die Stadt Speyer in acht ausgewählten Einrichtungen initiiert und im Herbst 2021 auf alle 27 Kindertageseinrichtungen in Speyer ausgeweitet. Anstellungsträger der KiSa sind das Caritas-Zentrum Speyer und die Diakonissen Speyer. Hier liegt auch die jeweilige Fachaufsicht. Finanziert werden die aktuell acht KiSa-Stellen mit unterschiedlichem Stundendeputat, zu 100 Prozent im Rahmen des „Sozialraumbudgets des Landes Rheinland-Pfalz“ und einem Anteil seitens der Stadt Speyer.

Kitasozialraumarbeit hat unterschiedliche Adressat*innen und Aufgabenfelder, die je nach fachlicher Ausrichtung und tatsächlichem Bedarf der Kindertagesstätten und der Familien zum Tragen kommen. Zu nennen sind hier auszugsweise:

- Fachberatung von KiTa-Leitungen
- Fallberatung und -reflektion von und mit KiTa-Personal
- Gemeinsame KiTa-KiSa-Elterngespräche
- Teilnahme und/oder Beteiligung an Elternauschuss, Elternabend, KiTa-Festen
- Einbindung der KiSa in den KiTa-Alltag durch kleine Beschäftigungen mit den Kindern
- Durchführung von Projektarbeit in der KiTa wie das Präventionsprojekt „Kinder stark machen“
- Beratung von Eltern in vielfältigster Form wie Erziehungsberatung, Beratung in finanziellen Fragen, Beratung in Familien- und/oder Paarfragen und ähnlichem
- Hilfestellung bei der Beantragung von vielfältigen Leistungen wie Kinderzuschlag, Wohngeld, Winterbeihilfe und ähnlichem



- Begleitung der Familien zu besonderen Terminen, wie zum Kinderarzt, dem Sozialpädagogischen Zentrum Ludwigshafen, dem Jugendamt, zu integrativen Einrichtungen und ähnlichem
- Wirken und Vernetzen in den Sozialraum der Einrichtung und die Familien hinein

Die Beratungen finden häufig in den Kindertageseinrichtungen statt, können aber auch in den Räumen des jeweiligen Trägers Caritas-Zentrum Speyer und Diakonissen Speyer vorgenommen werden. Auch Besuche bei der Familie zu Hause oder ein Treffen an einem neutralen Ort sind möglich. Manche Eltern möchten die Anonymität einer sozialpädagogischen Beratung gewahrt wissen und sich in „Ihrer KiTa“ nicht dadurch stigmatisiert sehen, dass sie möglicherweise Probleme haben, die sie mit einer KiSa besprechen.

Die KiTa-Sozialraumarbeit ist in den 27 Kindertagesstätten überwiegend gut angekommen und wird positiv angenommen. Vereinzelt gibt es Anlaufschwierigkeiten. Manche Einrichtungen benötigen mehr Zeit, Dinge abzugeben und/oder sich darauf einzustellen, dass eine sozialpädagogische Fachkraft von außen eine zusätzliche Expertise in den KiTa-Alltag miteinbringt. Eltern benötigen Zeit, ihre KiSa kennenzulernen, Vertrauen zu fassen und sich auf eine Begegnung einzulassen.

„Beziehungsgestaltung = Soziale Arbeit = Beziehungsarbeit“

Das gilt auch und vielleicht sogar besonders, weil es um die Kleinsten in der Gesellschaft geht. KiTa-Sozialraumarbeit ist zwar niederschwellig, das heißt der Zugang zur KiSa ist leicht, aber der Schritt für so manches Elternteil ist doch groß und manchmal schwierig.

Ein Fallbeispiel aus der Kitasozialraumarbeit

Frau X. lebt mit ihrem Kind Y. in einem gemeinsamen Haushalt in Speyer-West und geht einer Vollzeitberufstätigkeit nach. Vom Vater des Kindes hat sie sich vor etwa drei Jahren getrennt. Themen in der Beziehung seien Gewalt gegen die Frau und Drogenkonsum des Mannes gewesen. Beides hätte zur Trennung umfänglich beigetragen.

Herr Z. sieht sein Kind Y. 14-tägig über das Wochenende und an einem Werktag mit Übernachtung. Am Folgetag bringt er es in die KiTa.

Frau X. kam auf die KiSa zu, da sie sich Sorgen um die Entwicklung ihres Kindes machte und Unterstützung bei der Strukturierung und Beantragung möglicher finanzieller Leistungen benötigte. Im Gespräch legte sie die Familiengeschichte aus ihrem Blickwinkel dar und offenbarte eine psychische Erkrankung, die erfolgreich medikamentös behandelt werde.

Zu einem früheren Zeitpunkt habe sie Unterstützung durch das Jugendamt Speyer in Form von Sozialpädagogischer Familienhilfe (SPFH) erhalten. Über einen längeren Zeitraum fanden immer wieder kleinere Gespräche zwischen Frau X. und der KiSa statt. Die KiSa leistete Beziehungsarbeit.

Frau X. und Herr Z. kommen seit der Trennung weder auf der Paarebene, noch auf der Elternebene miteinander aus. Es gibt sehr viele Streitereien, teils persönlich, teils telefonisch. Herr Z. halte sich so gut wie nie an Absprachen, verpasse Termine für das Kind und weigere sich, trotz seiner anhaltenden Arbeitslosigkeit mehr zu leisten, als das Kind an den Umgangswochenenden abzuholen. Frau X. berichtete außerdem von Polizeieinsätzen, die sie aufgrund seiner Drohungen initiiert habe.

Aufgrund dieser Spannungen, die große Auswirkungen auf das Kind haben, wurden den Eltern im Zeitraum April bis Dezember in der KiTa mehrere Gespräche, unter anderem auch gemeinsam mit der KiTa-Leitung, angeboten.

Das Kind zeigte teils heftiges Grimassieren, kaute an den Fingern, weinte sehr schnell und „saugt Zuwendung auf wie ein Schwamm“. Gleichzeitig berichten beide Elternteile von Äußerungen und Verhaltensweisen des Kindes, die typisch für einen sogenannten kindlichen Loyalitätskonflikt sind.

Herr Z. tat sich oft schwer, Termine wahrzunehmen, während Frau X. zuverlässig zu den angebotenen Terminen kam und bis dato kommt.

Aufgrund eines familiären Vorfalles im Herbst 2022, Frau X. schlug das Kind mit der flachen Hand ins Gesicht, fand erneut ein Austausch in der KiTa statt. Die KiSa regte bei beiden Elternteilen an, dass das Kind Unterstützung durch den Kinderschutzdienst (KSD) der Caritas erhält. Diese Anregung soll dazu beitragen, dass das Kind eine Person von außen an die Seite gestellt bekommt, die Unterstützung und Schutz anbieten kann, als stabile, fachliche und emotionale Unterstützung.

Das Jugendamt Speyer, seinerseits tätig geworden, hat in einem Hausbesuch bei Frau X. und Kind Y. die Rahmenbedingungen geprüft und sich ein neues Bild der familiären Lage verschafft. Im Ergebnis genügte den Kolleginnen die Anbindung an KiSa und die Einbindung des KSD, und sie sahen von einer neuerlichen Initiierung von sozialpädagogischer Familienhilfe zunächst ab.

Herr Z. kündigte zwischenzeitlich an, rechtliche Schritte unternehmen zu wollen.

Im kommenden Jahr freuen wir uns auf den Auf- und Ausbau zweier Projekte. Zusammen mit Caritas International und dem Team 31 aus Schifferstadt unterstützen wir Menschen, die nach dem russischen Überfall auf die Ukraine nach Deutschland geflüchtet sind. Besonders kümmern wir uns um hörbehinderte Ukrainerinnen und Ukrainer, die in Schifferstadt und Umgebung ankamen. Das Projekt ist aber für alle traumatisierten Kriegsflüchtlinge offen, die Schwierigkeiten bei der Bewältigung des Alltags in ihrem neuen Umfeld haben. Die möglichst reibungslose Integration ins neue gesellschaftliche und betriebliche Umfeld ist vorrangiges Ziel unserer Aktivitäten.

Mit unseren kommunalen Partnern aus Speyer, Frankenthal und dem Rhein-Pfalz-Kreis bleiben wir bei der Vielzahl aktueller Themen in enger Abstimmung. Sei es bei der Umsetzung des neuen Bürgergeldes oder dem Ausbau etablierter Angebote.

Die gestiegenen Energiepreise als direkte Folge des Ukraine Konfliktes treffen viele Menschen unvorbereitet. Wir sind daher dankbar, dass die Deutsche Bischofskonferenz finanzielle Mittel für eine Winterhilfe zur Verfügung gestellt hat. Damit unterstützen wir 2023 Ratsuchende, die mit den gestiegenen Kosten

nicht mehr alleine zurechtkommen. Dabei unterstützen wir auch den sozial gerechten Klimaschutz, beispielsweise durch Tipps zum Energiesparen und beim Tausch zu energieeffizienteren Elektrogeräten.

Der Kindersegen, der im vergangenen Jahr die Personalplanung im Caritas-Zentrum und seinen Außenstellen durcheinanderbrachte, wird sich im laufenden Jahr wieder ein gutes Stück normalisieren. Die beiden Einrichtungsleitungen Naomi Amend und Marlen Bauer kehren aus der Elternzeit zurück und lösen Wolfgang Grill und Claudia Wetzler, die in die passive Altersteilzeit wechselt, als Leitungskräfte im Herbst ab.

Auch das Thema Digitalisierung wird uns im laufenden Jahr beschäftigen. Hier ist das Caritas-Zentrum Speyer als Pilotprojekt im Herbst 2022 gestartet. Video- und Chatberatung sind zwar schon länger möglich, werden sich aber mit den neuen technischen Möglichkeiten noch verbessern. Auch interne Abläufe werden sich durch das Projekt nachhaltig verändern und verbessern.

Insgesamt blicken wir zuversichtlich darauf, den Herausforderungen im laufenden Jahr 2023 erneut gut zu begegnen.

Not sehen und handeln.
C a r i t a s

